

**Naziszene aktiver denn je! Morde von Oberwart waren der Anfang!**

# Alarm! Stoppt den Naziterror!

Sozialistische Linkspartei / SLP  
Österreichische Sektion des CWI/IZD  
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
E-Mail: slp@gmx.at

*Der Naziterror geht weiter. Nach 2 Briefbombenserien und Anschlägen in Graz und Klagenfurt wurden nun 4 Roma und ein Müllmann Opfer der Rechtsextremisten. Einige Tage später tauchten mehr als ein Dutzend „falscher“ Bomben in Salzburg auf.*

von Michael; JRE-Wien

In den ersten Stellungnahmen nach den Terroranschlägen zeigte das Innenministerium einmal mehr sein wahres Gesicht. Zuerst hieß es, eine Schießerei mit Pumpgüns hätte stattgefunden, dann waren es die Roma selbst, die sich in die Luft sprengten. Sogar in den Wohnungen der Oberwarter Roma wurden von 80 (!) Polizisten Hausdurchsuchungen veranstaltet - aus Opfern werden Täter gemacht. Einen Tag brauchte man, um sich dazu durchzuringen, einen "wahrcheinlichen" Anschlag anzunehmen. Nach der ersten Verurteilung von Gottfried Küssel ist ein Teil der organisierten österreichischen Neozis zu konservativer Arbeit übergegangen. Vor allem die Aktivisten der VAPO (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) sind entweder abgesprungen oder zum Zellensystem, das weniger durchschaubar ist, übergegangen. Und die "Ostmark" - Nazis dürften dabei erfolgreich sein. So wurde in der Zeitung der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), dem Netzwerk der Nazis, ausdrücklich die Wr. Neustädter Kameradschaft gelobt. Die Zellen agieren meist autonom, nur der Zellenleiter kennt die übergeordnete Befehlsstelle - die Infos werden über Computermailboxen weitergegeben. Die

Vermutung liegt nicht so fern, daß sich nun die einzelnen Zellen in die Wette durch das Land bombeln.

Roma und Sinti tauchen immer wieder in rechtsextremer Literatur auf. So beschrieb die Zeitschrift "Aula" (Zeitung des Freiheitlichen Akademikerverbands) "Zigeuner" als "Angehörige einer wandernden... Minderheit indischer Herkunft, die durch ihr fremdartiges Aussehen charakterisiert werden kann". Daß sich in diesem Klima rechtsextreme Bombenschmeißer bestärkt fühlen, Angehörige der österreichischen Minderheiten umzubringen, ist klar.

*Alles nur Heuchelei!*

Das Heuchlertum einer Regierung, die sich über Terroranschläge bestürzt zeigt, selbst aber jährlich Hunderte in den möglichen Tod abschiebt, ist nicht zu überbieten. Der Vogel hat aber wieder mal "T" ihrer Haider abgeschossen. Der meinte, es gäbe eine Zusammenarbeit zwischen altkommunistischen Geheimdiensten und der Neoziszenze; auch der jugoslawische Geheimdienst spielt möglicherweise eine Rolle bei den Bombenanschlägen der letzten Jahre (..).

Nun, die Einstellung von F-Funktionären zu diesen Fragen ist sowieso allgemein bekannt, doch muß immer wieder unterstrichen werden, daß

der gesamte Staat, Justiz und Polizei scheinbar auf dem rechten Auge blind sind und sein wollen. Erst jüngst wurden wieder Details über die Verquikkung von Nazis und „Sicherheitsapparat“ bekannt. Da treibt eine "Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" (NS) ebenso wie die nach argentinischen Todesschwadronen benannte "AAA" ihr Unwesen. Eine Polizistentruppe namens "PSV Sportverein Böhse Onkelz", die immer wieder zu Repressalien gegen Antifaschisten greifen, runden das Ganze ab.

Ins Bild paßt auch, daß der Polizei offensichtlich bereits seit einem Jahr ernstzunehmende Drohbriefe der Nazi-Szene vorliegen, die Informationen darüber enthalten, aber sogar den Bedrohten selbst vorerthalten wurden. Das Argument "Bombenterror" soll jetzt dazu dienen, den Staat zu stärken. Der sogenannte "große Lauschangriff" scheint beschlossene Sache, ohne die Anschläge der Faschisten hätte man diesen schweren Angriff auf die persönliche Freiheit nie so ohne weiteres durchgebracht. Innenminister Löschner meint, daß es der Exekutive einfach an technischen wie juristischen Möglichkeiten mangelt, und daher die Stapo nicht erfolgreich sein konnte. Letztendlich ist es Ziel der Nazis, mit ihrem Terror einen Rechtsruck im Lande zu erzielen; ein starker Staat, der (fast) im



mer gegen Linke eingesetzt wurde und wird, ist ein erster Schritt. Es muß ein gesellschaftliches Klima vorhanden sein, in dem Nazis beginnen, Bomben zu schmeißen. Dieses Klima gilt es zu ändern. Dabei können wir uns weder auf die Abschiebe-Regierung noch auf die rechtsextrem

durchsetzte Polizei verlassen. Ein Roma-Vertreter meinte nach den Anschlägen: „Meine größte Angst ist jetzt der Schreß nach mehr Möglichkeiten für die Polizei. Ich sehe täglich, daß wir die letzten sind, denen das nützt.“ Er hat recht. Wir müssen selber handeln! Gemeinsam!

## Jugendkongreß - gegen rechte Hetzer

**Samstag, 1.4.1995; 13.30 Uhr**

## - gegen Sozialabbau

**Sonntag, 2.4.1995; 15 Uhr**

**Haus der Begegnung, 1020 Wien, Praterstern  
Jugend gegen Rassismus in Europa**

### Briefbombenprozeß

Nach fast eineinhalb Jahren liegt nun die Anklage gegen die drei Neozis P. Binder, F. Radl und A. Wolfert auf dem Tisch. Die Öffentlichkeit soll damit beruhigt werden, doch sehr viel hat Staatsanwalt Fasching nicht zu bieten - Der Prozeß beruht nur auf Indizien, und Wolfert wird nicht einmal im Zusammenhang mit den Briefbomben, sondern „nur“ wegen NS-Wiederbetätigung angeklagt. Gegen die bestehenden rechtsextremen Gruppen geht die Exekutive kaum vor. Außerdem lassen sich Naziorganisationen, wie das Beispiel Küssel/VAPO zeigt, auch aus dem Gefängnis leiten: Küssel hat Telefon und Computer in der Zelle. Das ist der behördliche Kampf gegen Nazis! Wir müssen uns gegen rechts selbst organisieren - Komm zu JRE!

**Der Standpunkt:**



von John Evers

So mancher Linker nickt in diesen Tagen mit verklärtem Blick zurück. Vor 25 Jahren trat die erste SPÖ-Alleinregierung ihr Amt an. Die Sozialdemokratie stand damals in den Augen vieler Arbeitnehmer und Jugendlicher für etwas Heiliges. „Sozialdemokratie als alternatives, nicht profitorientiertes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, „Demokratie in allen Lebensbereichen, Soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und eine solidarische Weltordnung“ waren die Eckpfeiler, an die die SPÖ-Spitze vorgab, ihre Politik festzumachen. Angesichts des jetzigen sozialen Kahlhalses und der ausländerfeindlichen Gesetzesgebung können man glauben, daß Kreisky ein revolutionärer Sozialdemokrat und radikaler Revolutionär war. Aber hinter „Wir“ steht nicht auch die begradneten Rhetorik und gewieften Taktiken, der alle Bevölkerungsschichten, inklusive großer Teile der Bürgerlichen wie der Industriellenvereinigung, zumindest „ein Stück des Weges“ Richtung Sozialismus einbinden konnte? Warum die „kleinen Leute“ an ihm so liebten, war, daß er (im Gegensatz zu Vranic und Co) wenigstens hin und wieder einen präpotenten OVP- und SPÖ-Sozialisten mit linkem Populismus so richtig über die Pappeln fuhr. Das steht in den 70er Jahren in Österreich tatsächlich etwas befreit, aber leider etwas unbeholfen, aber auch zu tun. In den meisten westeuropäischen Staaten herrschten damals gleiche Bedingungen: Eine heruntergewichstete bürgerliche Clique und enormer Druck von unten (beginnend mit Jugendbewegungen) Richtung Aufbrüche verkrusteter Strukturen. Das ganze spielte sich vor dem Hintergrund erster kapitalistischer Krisenreisen ab.

Diese politische Mischung bewirkte einen Linksschub in ganz Westeuropa. In vielen Staaten (Frankreich, Österreich, Spanien, Griechenland...) kommen in der Folge „Arbeiter-Parteien“ an die Regierung. Getragen von einer Welle der Unterstützung von Arbeitern und Jugendlichen galt es soziale Verbesserungen, Verstaatlichung, Aufbau von demokratischer Rechten... Triebfeder dieser Entwicklung war die Angst der Unternehmer vor Bewegungen aus den Betrieben, Schulen und Universitäten. Sie banden erfolgreich Leute wie Kreisky, Brandst. oder Gonzales ein, um sich selbst zu retten. Berüterwillig traten diese mit den „erungenen“ Verbesserungen auf und erklärten: Das haben wir erreicht, das ist genug! mehr ist nicht möglich. Aber die begrenzten Reformen erweisen sich als begrenzt. „Lieber ein paar Millionen Schritte mehr, als eine einzige tausend Arbeitstage mehr“ lautete das Credo der kreislykischen. Wirtschaftspolitik. Jetzt ziehen einige Gewerkschaften diese Konzepte oder aus der Schublade. Sie übersehen, daß es Kreisky selbst war, der mit der sozialen Politik der Brud. Der Spießruten für diese Politik im Rahmen des Spareraktes wurde gesiegt, der strukturellen Krise des Kapitalismus seit Mitte der 70er Jahre entsprang. Einer zu verhindern oder auch nur zu bewältigen bedeute zu schwach zu handeln. „Unser“ Wirtschaftsordnung zu stören. Sie zu überhören, darunter Kreisky und Co. Er selbst leitete die ersten Sozialbaumaßnahmen ein, zur Nachbarschaft 1983 fürchtet. Sein letzter politischer Akt bestand darin, die Kritik an der FPÖ vorzubereiten. Kreisky war (abgesehen von seiner Jugend) noch im Rahmen der Parteiführung kein Linker. Angesichts dessen mag es als Ironie der Geschichte erscheinen, wenn wir heute als Linke in vielen Fällen die Reformen seiner Ära gegen die Politik der jetzigen Parteiführung verteidigen müssen.

**Was will VORWÄRTS**

Für die große Mehrheit der Menschen hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3. Welt“ sterben täglich zehntausende Menschen. Sie überleben schmutzend zu einem unfauligen Problem, und auch in den westlichen Industriestaaten wie Österreich leiden immer mehr Lohnabhängige unter Sozialabfall und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird eine kleine Minderheit von Unternehmern reicher und reicher. Die Ablösung dieser, der kapitalistischen Gesellschaft ist überfällig. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt bzw. sozial gerecht verteilt, müßte der Mensch mehr hungern, und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden.

Ein paar Reformen können da nichts ändern. Daher streben wir ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hobe der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß in Gemeineigentum übergeführt und demokratisch geplant werden, damit nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur und nicht für Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung der Kapitalverhältnisse, daß das System bürokratisch und diktatorisch wird, wie der Sozialismus Österreich, kann es wieder kein Kapital haben.

**VORWÄRTS** ist eine unabdingbar marxistische Bewegung der Arbeiterschicht, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterschaft. In den Jahren gegen das Kapital, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Gesellschaft. **VORWÄRTS** ist Teil einer Bewegung, die in fast allen Ländern Ost- und Westeuropas und in vielen Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Weltweit kämpfen wir gegen die Angriiffe des Kapitals auf politischen und sozialen Rechten, die die Arbeiterschaft durchgesetzt hat. **VORWÄRTS** Aktionen sind für alle sozialen und arbeitenden Menschen für ihre Interessen organisiert. Wir sind aktiv an der österreichischen Sektion von „Jugend gegen Rassismus in Europa“, dem „Antifaschistischen Komitee Österreich“, dessen Gründung wir initiiert haben.

In der SPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteiführung und für eine sozialistischen Kurswechsel. **VORWÄRTS** Aktionen treten als Gewerkschafts- und Betriebsrat für eine konsequente Vertretung ihrer- und ausländerfeindlichen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnertum und für eine sozialistische Interessenvertretung ein.

Mit unseren Aktionen wollen wir einen Beitrag für eine unabdingbarer Arbeiterschaft als Alternative zu den bürgerlichen Mächten leisten. Sie dienen der Verbesserung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabdingbar von Parteien, Unternehmern und Interessen. Unseres Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützen, werde aktiv und mach mit bei **VORWÄRTS**.

# Sparefroh Haider!

Meinen viele, die F treibt die ehemaligen Großparteien vor sich her, so erlaubt das Beispiel Sparpaket auch eine andere Interpretation. Egal wie sozial und arbeitsmarktfreundlich die Politik der großen Koalition ist, die F versucht, auch das in den Schatten zu stellen.

von David Mum;  
JRE-Wien West

Denn die konkreten F-Vorschläge, die sich hinter der populistischen Rhetorik verstecken, zeigen deren Charakter als aggressive Unternehmenspartei. Ein Auszug aus dem FPÖ-Sparpaket:

»Arbeitslose: Verschärfung der Zulassungsbestimmungen, Kürzung des Arbeitslosengeldbezuges, wenn der Arbeitslose die Vermittlungsfähigkeit erschwert, Pflichtarbeit für die Arbeitslose. Gewerbe habe kein Mascherl, sei wieder rechts, noch links, so wie Rauter der F-Bürgenland den Linken eine Mitherauswahl andienten, weil sie die rechten Anhänger provozieren, indem sie die FPÖ immer in das rechtsextreme Eck stellen. Um sich nicht vom rechtsextremen Lager zu trennen, wird der Rechtsextremismus von der F nie als solcher bezeichnet.«

A/F

Durch die Umbenennung, durch die man vorgibt, daß einer Partei eine Bewegung zu sein, verfolgen die Freiheitlichen eine Taktik der Rechts. Sie sind der Sozialabfall und ausländerfeindliche. Sie übertragen der Mindestdauer um 2 Semester. Beim Ersetzen des „mäßigen Abgangs“

»Privatisierung öffentlicher Unternehmen«

Dafür die F dieses Sammelsurium an Arbeitnehmer- und Ausländerfeindlichkeit nicht in der Öffentlichkeit präsentieren.



Haider steht für  
„law and order“

Freiheitliche Stoppen!

Die Freiheitlichen liegen laut Umfrage bereits Kopf an Kopf mit der ÖVP. Das beweist: diese Regierung mit ihrem Sozialabbau und ausländerfeindlichen Maßnahmen führt direkt zu Haider. Die „F“ polarisiert von rechts. Dem müssen wir durch den Kampf um unsere sozialen und politischen Rechte etwas von links entgegensetzen.

Dafür die F dieses Sammelsurium an Arbeitnehmer- und Ausländerfeindlichkeit nicht in der Öffentlichkeit präsentieren.

„Uns reicht's - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich!“



„Uns reicht's - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich!“

SchülerInnen bekommen nicht nur die Kurzungen im Bildungswesen und bei den Familien zu spüren, sie sind auch mit Buskästen konservativer Schulplänen konfrontiert. Dagegen hat sich nun die Schüler Aktionsplattform (SAP) gebildet. Am 24.2. zeigt eine Demonstration über die Mariaburgstraße, die Schüler riefen: „Busk spür dich selber ein“. Bei der anschließenden Veranstaltung waren von Vertretern aus über 20 Schulen Aktivisten diskutiert und ein Förderkatalog aufgestellt.

Keine Kurzungen im Bildungswesen, Schule muß für jeden leisten!

Keine Selbstbehalte, keine Schülerräte!

Keine größeren Klassen oder Gruppen

Verbesserte Aus- und Weiterbildung der Lehrer hin zu alternativen LehrerInnenformen

Gesellschaftsrecht bis 15 und praxisbezogener Unterricht

Mithilfestellung der Schüler

Die Reichen sollen zahlen

Die SPÖ will einen Beitrag für eine unabdingbarer Arbeiterschaft als Alternative zu den bürgerlichen Mächten leisten. Sie dienen der Verbesserung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabdingbar von Parteien, Unternehmern und Interessen. Unseres Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützen, werde aktiv und mach mit bei **VORWÄRTS**.

Seite 2

Seite 3

# ÖGB: Sieger sehen anders aus!

950.000 leben bereits unter der Armutsgrenze, Tendenz steigend. Die neuen Regierungsmaßnahmen treffen die Ärmsten der Armen. Trotz des radikalen Sozialabbauhauses schaut der ÖGB zu

Gehmacher Michael;  
AKÖ-Wien Ost

Walla, Arbeiter- und Betriebsvorsteher, der ÖGB-Lobau war die Unternehmensleitung „Guten Morgen ÖGB“ ein Anlaß dieser G. e. w. schaft zu fördern. Die Eckpfeiler des „Sparpaketes“, wie die Erhöhung der täglichen Normalarbeitszeit, die Arbeitshorizonte der Arbeitslosenversicherung für Saisonbeschäftigte (bei gleichzeitiger Kürzung der Arbeitslosenunterstützung) und die Einsparungen im Gesundheitswesen sollen bleiben. Berichte darüber kann man in den Medien lange suchen. Auch der ÖGB und seine Fachgewerkschaften schwiegen sich darüber aus. Während sich die ÖVP gegen die Kommunalabgabekürzung, die nicht der ÖGB, daß dem Sparpaket „die Spitzen genommen wurden“. Es ist ein doppeltes Spiel. Einheitswerden und es können offen weitere Kampfmaßnahmen besprochen werden. Sie wäre ein klares Signal an die Regierung. Für die Auseinandersetzungen der nächsten Monate wäre außerdem eine breite Informationskampagne notwendig. In den Monaten März und April werden entscheidende Weichen für die österreichische Arbeiterschaft gestellt. Kommt in den nächsten Wochen keine Gegenwehr, werden Wirtschaft und Unternehmer schon beim Budget 96“ die nächsten Sozialabfallschläge durchsetzen. Daher treten wir ein für:

Bei Arbeitnehmern:

- 1. Kürzung der Arbeitslosenunterstützung über 80.000,- auf 55% des Nettoeinkommens, das heißt bis zu 450,- Monat weniger
- 2. Wegfall des Familienzuschlags (85.627,-), wenn das Einkommen des Partners über 85.600,- (1) liegt
- 3. Wegfall der Sonderunterstützung (SUG) für ältere Arbeitslose im 2. Jahr und 2. Jahr des Zuschlags im ersten Jahr auf 20% (statt bisher 25%), nach 2 Jahren kein Zuschlag mehr
- 4. Starke Einschränkung des Personalkostenaufwands, die Ansprüche auf die Sonderunterstützung im Bergbaubereich (SUG) hat

Bei Beamten:

- 1. Verlängerung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Erhöhung des Dienstalters zur Höchstension von 35 auf 40 Jahre
- 4. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)

2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%

3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten

2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Verlängerung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Erhöhung des Dienstalters zur Höchstension von 35 auf 40 Jahre
- 4. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

Bei Beamten:

- 1. Erhöhung der diesjährigen Kollektivvertragsperiode um 3 Monate (d.h. die Kündigung wird auf 3 Monate)
- 2. Erhöhung des Pensionsalters um 1,5%
- 3. Ein vorübergehender Aufnahmestopp

Bei Schülern:

- 1. Selbstbehalt von 10% bei Schulbüchern und Freifahrten
- 2. Auflerden: Erhöhung der Mineralölsteuer

# Kurz & Bündig

Die Kameradschaft IV der Waffen-SS feiert

Am 9.12.1994 fand in Markt Piesting die Weihnachtsfeier der „K.IV“ statt. Auf der Einladung zur Feier „HEIL 1995“ waren neben dem Wahlwunsch der SS-, „Unere Ehre heißt Triumf“ und einem Hakenkreuz (1) auch der Text des Treueleides der SS-, sowie eine Aufforderung, dieses bei der Feier zu singen, abgedruckt. Jugend gegen Faschismus/Wien: Neustadt macht nun eine Kampagne gegen derartige Untertitel.

## Elitärer Mittelschüler-Kartellverband

Der ÖVP-nahe MKV hat dem Unterrichtsminister einen Formularkatalog übergeben, der sich wohl mit den (heimlichen) Wünschen des Konservativen und Schulpolitikers deckt. Das Gymnasium soll wieder nur für „die Elite“ zugänglich sein. Schüler mit einem negativen Erfolg, sollen nach dem ersten Semester von der AHS abgewiesen werden können, außerdem will nicht sich der MKV noch eine Aufnahmeprüfung für die AHS und stellt sich gegen die Gesamtsschule.

## ÖMV zahlt 10% Dividende

Die Aktionäre der ÖMV können sich freuen - 10% Dividende werden heuer ausgeschüttet. Wer freut sich nicht? Die 11% (rund 1300) Mitarbeiter, die 1993 abgezogen wurden und die verbliebenen Beschäftigten, von denen ständig „Zurückhaltung“ bei den Löhnen und Gehältern verlangt wird.

## ÖVP setzt sich durch

Auch bei der Frage der Kommunalabgabe heißt es wahrscheinlich die einzige Maßnahme im Sparpaket, die für die Unternehmer Nächste (und brachte) brachte: hat sich die ÖVP durchgesetzt. Denn sonst soll die Investitionsförderung (IFB) gekürzt werden. Der Haken kommt an der Sache: das betrifft nicht jene Betriebe, die Gewinne machen, und das sind ja angeblich nur 33%. Außerdem spekulieren die Unternehmer darauf, daß der IFB-Pauschalwert bald von der EU abgeschrägt wird. (Und dann werden sie vom Staat auch noch Ersatz dafür verlangen.)

## Staat zahlt Pension der Selbstständigen

Aufregung herrscht unter den Selbstständigen, weil sie mehr für ihre Pensionsansprüche zahlen müssen. 37% aller Unternehmer mühten 85.700,- mehr pro Monat zu zahlen (der Rest offensichtlich weniger). Nun, die Bevölkerung muss jetzt 600.1200,- pro Monat mehr zahlen. Außerdem soll der Staat zur Pensionsförderung der Selbstständigen 75% Zuschüttungen anbieten. Bei den BAVG-Pensionen aller 15%.

„Die Pauschale für die Belegschaft ist deutlich besser als die Chancen, desto besser wird die Leistungsfähigkeit für alle, Ausbau und Internationalisierung oder der Sparsturz!“ eifert es wieder. Kampfmaßnahmen

Wichtiger denn je: Breite Unterstützung durch Gewerkschaften und Kollegen aus dem Sozial und Integrationsbereich.



VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
- 5 Nummern zu 65 (inkl. Porto)
- 5 Nummern zu 65 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

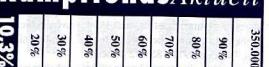
### Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei jedem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m<sup>2</sup> Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, die die Umwelt, Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmenskrisen Arbeitsplatzabbau, müssen sie entspannt werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schluss mit Sozialabbau und Privatisierung!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Schluss mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- ★ Verteilen die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeitgeberkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

### Kampfrosas

Entsichtlich sollten wir uns bei der Regierung ja bedanken. Durch das Sparpaket interessieren sich noch mehr Menschen für uns. Dafür kommen wir im Februar mit 65-645,- fast 40% unseres Ziels erreichen. Der Sozialzettel zeigt, was an der Phrase von „im selben Boot“ wirklich dran, nämlich nichts. Der Protest gegen das Sparpaket wird daher immer lauter - und wir sind dabei. Dementsprechend waren wir im Februar trotz Ferien sehr aktiv. Wir waren am 6.2. auf der großen Demonstration der Gewerkschaftsjugend und haben über 50 Zeitungen an interessierte Lehrer\*innen verkauft. Bei den Februarveranstaltungen der SPÖ waren wir in Wien und Linz mit Zeitung und der Broschüre „Februar‘14 - Arbeit\*er gegen den Faschismus“ vertreten. Natürlich waren wir auch auf den Demonstrationen und Veranstaltungen anlässlich der Ermordung der 4 Roma in Oberwähr vertrieben. Wir verstehen uns nicht als Zeitung die die Errungen nur kommuniziert, sondern wirken aktiv eingreifend und mitmachen, Veränderungen herbeizuführen.

### Kampffonds Aktuell



## Termine

- 3.1995: die SJ-Welt Barriade diskutiert über "Sex & Crime - Kirchliche Sexualmoral", mit Tondiashow
- 3.1995: JRE-Wien Süd beschäftigt sich anlässlich des auserwählten Tages mit dem Thema "Frauen und Frauendiskriminierung"
- 3.1995: JRE-Wien Neustadt beteiligt sich an einer Aktion gegen das Sparpaket in Neunkirchen um 14 Uhr
- 6.1995: JRE-Wien Nord diskutiert die Entwicklung des rechtsradikalismus nach 1945
- 6.1995: ein Referat der Initiative Hock'n statt referiert zum Thema "Achtung - Fertig - Arbeitslos" bei "Umsicht's"
- 6.1995: mit dem Thema "New Age" beschäftigt sich RE-Wien West
- 6.1995: "Kurdistan" ist das Thema von JRE-Wien Ost

## VORWÄRTS Shop

Was ist Faschismus?  
... und wie wir ihn bekämpfen

Dritte, überarbeitete Auflage  
65,- (inkl. Porto)

von Karin Zimmermann,  
JRE-Wien Nord

zur Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg

gibt es Infos unter

der Telefonnummer:

0222/ 59 70 432

zu Wiener Neustadt,  
Linz und Salzburg



**Sparpaket ist Umverteilung von unten nach oben, daher:**

S P A R  
 P A K E T

# Die Reichen sollen zahlen

*Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Sache hat nur einen Haken - nicht alle sind reich, sondern nur eine kleine Gruppe. Der Reichtum ist in Österreich extrem ungleich verteilt. Der kleinen Gruppe von Superreichen stehen laut einer Studie des Sozialministeriums bis zu 950.000 Menschen gegenüber, die nichts haben - die schlicht und einfach arm sind.*

von Sonja Grusch;

40.000 Österreicher verdienen mehr als 1 Million öS im Jahr - etwa genauso viele erhalten das erhöhte Kanzlerlaubsgeld (und das erhält man nur, wenn man es wirklich nötig hat). 1% der Österreicher (nämlich das reichste %) besitzt 25% des gesamten Reichtums - die reichsten 10% besitzen sagenhafte 60%.

Demgegenüber besitzt rund ein Drittel der Österreicher nichts außer Hausrat, Auto und/oder Schulden. Die Einkommensverteilung in Österreich ist der eines „3.Welt“-Landes nicht unähnlich - einige Superreiche stehen der (armen oder zumindest nicht wohlhabenden) Masse gegenüber.

„Aber die Reichen haben ja auch mehr gearbeitet, deshalb sind sie jetzt auch reich“. Das Unternehmermagazin Cash-Flow widerlegt diese Legende selbst: Von den zehn reichsten Österreichern haben acht ihr Vermögen geerbt. Um wirklich reich zu werden, muß man reich sein! Der überwiegende Teil der neugegründeten Kleinunternehmen - und nur das kann sich der Normalsterbliche leisten - geht binnen zwei Jahren in Konkurs. Und in wirtschaftlichen Krisenzeiten sind es auch die Kleinen, die als erste draufgehen.

#### Milliarden hinterzogen

Ein normaler Arbeitnehmer hat keine Möglichkeit, Steuern zu hinterziehen; weil die Steuer abgezogen wird,

bis 1998 wird der Anteil der Unternehmenssteuern an den gesamten Steuereinnahmen von 16,74% auf 13,92% sinken, der Anteil der Lohnsteuer wird von 26,6% auf 29,8% steigen.

#### Und was tut die SPÖ?

Die SPÖ-Führung argumentiert, daß die aktuellen Sparmaßnahmen unbedingt notwendig sind. „Man sei zwar nicht mit allen Punkten glücklich“, aber ansonsten „bricht die Koalition, und dann kommt blau-schwarz“. Vranitzky & Co verzichten in vorauselendem Gehorsam auf alle Forderungen, die den Arbeitnehmern etwas bringen könnten und betreiben Sozialabbau, der ihre eigene Basis trifft. Bisher hat der rechte Kurs der SPÖ-Führung in erster Linie dazu geführt, daß die Forderungen der Unternehmer immer frecher wurden und die „Freiheitlichen“ immer stärker. Doch eine größer werdende Schicht von Arbeitnehmern und Jugendlichen ist nicht länger bereit, der Rechtsentwicklung und den immer schärfender werdenden Unternehmerangriffen weiter tatenlos zuzusehen. Vor allem auch in der SPÖ-Basis und im ÖGB rumort es gewaltig. Mit dem Widerstand gegen das Belastungspaket wird dem bisher scheinbar ungebremsten Rechtstrend - in Ansätzen - etwas von links entgegengesetzt.

#### Die Reichen sollen zahlen!

Dieses Loch im Staatshaushalt muß aber gedeckt werden. Und zwar von den „kleinen Leuten“ - z.B. durch das Sparpaket, das sozial Schwache trifft. Oder durch die Erhöhung der Mineralölsteuer, die den selben Effekt hat.

Gleichzeitig geht der Prozeß der Umverteilung von unten nach oben über die „Steuerschiene“ weiter: Von 1993



stehen der Reichen einleiten. Daher ist ein grundsätzlicher Kurswechsel nötig:

- Sofortige Eintreibung aller Steuerschulden
- Anhebung des Spitzesteuersatzes
- massive Vermögens- und Kapitalbesteuerung.

Gleichzeitig fordern wir eine soziale Offensive:

Arbeitszeitverkürzung, um Arbeitslosigkeit abzubauen, öS 12.000,- Mindestlohn, um die wachsende Armut zu bekämpfen. Ein Programm, das sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, muß von unten erkämpft werden. Gerade die ÖGB- und SPÖ-Funktionäre, die verbal gegen das 'Sparpaket' protestieren, sind hierbei gefordert!

**D WEG  
 M I T D E M  
 E B E L A S T U N G S P A K E T !**

**Samstag 25.3.1995**

**13.30 Westbahnhof (Wien)**

**PLATTFORM GEGEN DAS BELASTUNGSPAKET**

**Du willst was gegen Sozialabbau tun? Ruf uns an: 0222/ 597 0 432**